

Über 21.000 wohnungslose Menschen: Für eine Strategie gegen Wohnungslosigkeit und für leistbares Wohnen für alle

Die Zahl der registriert wohnungslosen Menschen in Österreich ist erneut auf nun über 21.000 Betroffene angestiegen, zeigen heute veröffentlichte Zahlen der Statistik Austria. Die BAWO, der Dachverband der Wohnungslosenhilfe, fordert eine ressortübergreifende Strategie zur Beendigung von Wohnungslosigkeit und eine Wohnpolitik, die wohnen für alle leistbar und inklusiv macht.

Wien, 10.06.2026 – Die heute von der Statistik Austria im Zuge der [Wohnstatistik 2025](#) veröffentlichten Zahlen zur registrierten Wohnungslosigkeit bestätigen einen alarmierenden Trend: Die Zahl der Betroffenen ist gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen, um 2,8% auf nun 21.073 Menschen. Expert:innen warnen zusätzlich vor einer sehr hohen Dunkelziffer. Die BAWO, der Dachverband der Wohnungslosenhilfe geht von einer doppelt so hohen Zahl an tatsächlich wohnungslosen Menschen aus. Vor allem Frauen, die etwa mangels leistbarer Wohnalternativen in Gewalt- oder Abhängigkeitsbeziehungen leben, sind von verdeckter Wohnungslosigkeit betroffen.

Auch die Zahl an Delogierungen steigt seit Ende des Covid-19 bedingten Delogierungsstopps wieder an. Seit 2022 nahmen die jährlich vollzogenen Räumungen laut Statistik Austria um 20,8% zu.

Menschen mit geringem Einkommen sind am ehesten von Wohnungsnot bedroht. So sind 40% dieser Haushalte gezwungen, über 40% ihres Einkommens fürs Wohnen auszugeben. Besonders dramatisch ist die Situation für Alleinlebende und Alleinerziehende: 9 von 10 Einelternhaushalte fühlen sich von ihren Wohnkosten belastet, 52% sogar stark belastet. 14% aller Haushalte erwarten in Zukunft Zahlungsschwierigkeiten beim Wohnen.

Ein besonders Problem stellen befristete Mietverträge dar: Nicht nur sind befristete Verträge um fast 45% teurer als unbefristete – mit jedem Ende eines Mietvertrags geht auch die Gefahr einer Phase der Wohnungslosigkeit einher. Die Hälfte der privaten Mietwohnungen sind laut Statistik Austria gegenwärtig befristet vergeben. Im kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau ist unbefristetes Wohnen jedoch Standard. Die Erfahrungen dieser Sektoren zeigen: Unbefristetes vermieten ist für Wohnungsanbieter erwiesenermaßen möglich und bringt Wohnenden langfristig Sicherheit.

Die kürzlich beschlossene Fortführung des WOHNSCHIRMS kann angesichts der Situation von Menschen in Wohnungsnot nur der erste Schritt sein. Die BAWO schlägt eine nationale Strategie zur Beendigung von Wohnungslosigkeit vor. Diese muss neben dem Ausbau und der Entfristung des WOHNSCHIRMS und einem Blick auf existenzsichernde Einkommen auch eine Stärkung des gemeinnützigen Wohnsektors inklusive Abbau von Zugangshürden – etwa durch lange Meldezeiten oder



Sprachkenntnisse – mit sich bringen. Auch sollten unbefristete Mietverträge am privaten Markt wieder zur Norm werden.

„Viele Faktoren können dazu führen, dass man wohnungslos wird. Ebenso viele Stränge müssen in unserem System zusammenspielen, um Wohnungslosigkeit strukturell zu beenden. Wohnpolitisch braucht es mehr gemeinnützigen Wohnbau und den Abbau von Zugangshürden. Sozialpolitisch braucht es vor allem armutsfeste Einkommen. Wenn das gegeben ist, kann die Kombination aus Prävention und Housing First, wie sie der WOHNSCHIRM abbildet, Wohnungslosigkeit drastisch reduzieren“, sagt BAWO Vorsitzende Elisabeth Hammer.

Über die BAWO: Die BAWO setzt sich für die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und für leistbares, dauerhaftes und inklusives Wohnen für alle ein. Als Dachverband sieht sich die BAWO als politische Interessensvertretung der Wohnungslosenhilfe in Österreich. Mit Publikationen, Vernetzungsarbeit und Fachtagungen entwickelt die BAWO Antworten auf strukturelle Fragen rund um das Thema Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot und treibt fachliche Standards voran. 55 NGOs und 88 persönliche Mitglieder sind Teil der BAWO. BAWO steht für Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.


Pressekontakt:

Gerhard Schützinger
Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit

BAWO – Wohnen für alle
+43 660 81 38 616

[Newsletter](#) | [LinkedIn](#) | [bsky](#)

gefördert aus Mitteln des

 Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz